



Brücken bauen in der Kommune
Muslimische Teilhabe und gesellschaftliches Zusammenleben im DACH-Raum

Muslimisches Leben in der Schweiz
Auszüge aus dem Experteninterview mit Dr. Andreas Tunger-Zanetti

Im Rahmen des Projekts „Brücken bauen in der Kommune – Muslimische Teilhabe und gesellschaftliches Zusammenleben im DACH-Raum“ führte Projektleiter Dr. Hussein Hamdan am 30. April 2024 ein Experteninterview mit Dr. Andreas Tunger-Zanetti. Dieser forscht an der Universität Luzern und ist Geschäftsführer des dortigen Zentrums Religionsforschung. Im Folgenden finden sich Auszüge aus dem Gespräch zu ausgewählten Themen.

Zusammenleben in der Schweiz

Hamdan: Es leben etwa 430.000 Menschen muslimischen Glaubens in der Schweiz. Das sind ca. 6 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung. Wie blicken Sie auf das Zusammenleben von Muslim:innen und der Mehrheitsgesellschaft in der Schweiz?

Tunger-Zanetti: Ich sehe das Zusammenleben der Schweizer Gesellschaft mit Muslim:innen als weitgehend und zunehmend unproblematisch. Es gibt natürlich Themen wie die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten, die medial sehr breit verhandelt werden. Insgesamt aber hat das Zusammenleben dadurch noch an Normalität gewonnen, dass in den letzten Jahren, insbesondere während der Corona-Pandemie, ganz andere und viel unmittelbarere Probleme alle in der Bevölkerung betroffen haben. Da rückten teilweise künstlich groß gemachte Probleme wie Islam in der Schweiz dann plötzlich von selbst in den Hintergrund.

Ich sehe das Zusammenleben der Schweizer Gesellschaft mit Muslim:innen als weitgehend und zunehmend unproblematisch.



Bevölkerungsstruktur der Muslim:innen in der Schweiz

Hamdan: Wie sieht die ethnische Zusammensetzung der Muslim:innen aus? Was lässt sich über die Einwanderungsgeschichte sowie die Altersstruktur von Muslim:innen in der Schweiz sagen?

Tunger-Zanetti: Die Einwanderungsgeschichte ist geprägt von den Anwerbeabkommen seit Anfang der Sechzigerjahre. In die Schweiz kamen nicht vorwiegend türkischstämmige Personen, sondern auch etliche Menschen aus dem damaligen Jugoslawien. Es gibt eine ziemlich heterogene muslimische Bevölkerung. In der Romandie ist der Anteil arabischsprachiger Menschen größer als in der Deutschschweiz. Dabei spielt die französische Sprache als Brücke für die Niederlassung von Menschen aus dem Maghreb in der Region eine große Rolle. Und natürlich steigt die Zahl der Menschen mit Fluchthintergrund, die in der Schweiz leben. Etwa 38 Prozent der Muslim:innen haben bereits die Schweizer Staatsbürgerschaft. Die muslimische Bevölkerung ist eindeutig jünger als der Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung. So gibt es einen sehr nennenswerten Anteil an jungen Muslim:innen; 20 Prozent sind zwischen 15 und 24 Jahre alt.

Das Verhältnis des Staates zum Islam

Hamdan: Gibt es ein Forum in der Schweiz, in dem der Staat mit islamischen Vereinigungen direkt spricht?

Tunger-Zanetti: Religion ist in erster Linie eine Sache der Kantone. Erst wenn die Kantone sich nicht in der Lage zeigen würden, den religiösen Frieden zu wahren, müsste der Bundesstaat eingreifen. Die nationale Ebene, die föderale Ebene spielt eine sehr nachgeordnete Rolle in diesem Kontext. Dies hat historische Gründe, die insofern heute noch von

*Religion ist in erster
Linie eine Sache
der Kantone.*

Belang sind, als dass die Regionen in der Schweiz sehr unterschiedlich sind. Im Kanton Zürich beispielsweise, ein bevölkerungsreicher und wirtschaftlich sehr starker Kanton, lebt etwa ein knappes Viertel aller Muslim:innen der Schweiz. Dort

findet man die verschiedenen Formen des Islam. In der Folge ist dort schon sehr vieles ausdifferenziert. Auch in den anderen Religionen finden sich dort gewisse Schwerpunkte. Das führt dazu – unter anderem auch noch politisch bedingt –, dass dieser Kanton seit



vielen Jahren eine sehr bewusste und aktive Politik in Sachen Religion betreibt, auch in Bezug auf Muslim:innen. So gibt es einen gut funktionierenden und starken muslimischen Dachverband in diesem Kanton. Andere Kantone wiederum haben keinen Dachverband oder politisch kein Interesse, in irgendeiner Weise Religionspolitik zu betreiben. Dort unterbleibt dies dann. Auf der nationalen Ebene existieren Aktivitäten zum Thema Islam, die meistens durch Anfragen im nationalen Parlament ausgelöst werden. Auf diese Weise ist zum Beispiel schon vor etlichen Jahren ein Bericht des Bundesrates zur Situation der muslimischen Bevölkerung zustande gekommen. Einige Jahre später ist ein weiterer Bericht zur Situation der Imame und ihrer Ausbildung in der Schweiz entstanden. Dies sind zum Teil sehr gründlich und gut erarbeitete Dokumente, auf die man sich dann auch immer wieder beziehen kann.

Islamische Organisationen

Hamdan: Wie würden Sie das Wirken der islamischen Verbände und Organisationen in der Schweiz bewerten?

Tunger-Zanetti: Man kann von zwei grundlegenden Kategorien sprechen. Einerseits existieren die ethnisch gelagerten Verbände. So wie es in Deutschland die DITIB gibt, gibt es hier einen Ableger der türkischen Diyanet-Behörde. Daneben finden sich auch ein albanischer und ein bosnischer Verband. Diese Gebilde sind stark ins Herkunftsgebiet orientiert und auf kantonaler Ebene nicht sonderlich einflussreich. Deshalb gibt es – als zweite Kategorie – in manchen Kantonen einen kantonalen Dachverband, in dem sich die unterschiedlichsten Moscheen zusammengeschlossen haben und gemeinsame Interessen gegenüber dem Kanton oder der Öffentlichkeit vertreten. Aber es hängt sehr stark von der Konstellation ab, ob ein Dachverband gut funktionsfähig ist und engagierte Personen involviert sind.

Islamismus in der Schweiz

Hamdan: Wie beobachten Sie die islamistische Szene in der Schweiz? Und was müsste passieren, um dieses Phänomen einzudämmen?



Tunger-Zanetti: Dort, wo der Staat unter Umständen in Frage gestellt wird, wie manchmal bei salafistischen Gruppen, die sich politisch äußern, schaut der Staat natürlich genau hin. Da haben inzwischen auch die Behörden, Nachrichtendienste und die Polizei gelernt, genauer zu unterscheiden, was von Relevanz ist, statt immer Maßnahmen zu ergreifen, die unterschiedslos ganz verschiedene Gruppen treffen, sodass sich dann notgedrungen ein Teil ungerechtfertigt behandelt fühlt. Die Polizeibehörden haben in fast allen Kantonen inzwischen einen sogenannten Brückenbauer, der mit den Moscheevereinen im Gespräch ist und nicht nur Berichte vom Moscheevorstand über Jugendliche mit etwas besorgniserregenden Interessen oder Ideen aufnimmt, sondern der auch fragt, ob sich die jeweiligen Moscheevereine bedroht fühlen. Die Vereine können sich bei Bedarf auch selbst bei dem Brückenbauer melden. Das scheint ein gut funktionierendes Konzept zu sein, das viel zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Behörden und muslimischen Vereinen beigetragen hat. Wichtig sind auch die Imame in der Schweiz. Man sollte ihren Einfluss nicht überschätzen, denn ein Imam kann viel predigen, aber was dann bei den Menschen wirklich ankommt und was sie für sich annehmen, ist dann noch einmal eine ganz andere Frage. Trotzdem wäre es wünschenswert, dass mehr Imame angestellt sind, die hier leben. Dies ist bislang nicht dauerhaft gegeben. Wenn sie einen theologischen Blick auch auf die Schweizer Gesellschaft entwickeln, einen islamtheologischen Blick, dann kann man hoffen, dass sie so relevant predigen und unterrichten, dass insbesondere für die junge Generation, aber manchmal auch die ältere, salafistische oder islamistische Ideen nicht mehr attraktiv sind.

Wenn Imame hier leben und einen islamtheologischen Blick auch auf die Schweizer Gesellschaft entwickeln, kann man hoffen, dass sie so relevant predigen und unterrichten, dass salafistische oder islamistische Ideen nicht mehr attraktiv sind.

Muslimfeindlichkeit

Hamdan: Muslimfeindlichkeit ist in der schweizerischen Gesellschaft weit verbreitet. Welche Faktoren begünstigen muslimfeindliche Einstellungen und Handlungen? Was muss dagegen unternommen werden?



Tunger-Zanetti: Das ist ein wichtiger Punkt. Denn Muslimfeindlichkeit dient gerade den islamistischen Akteur:innen gerne als Anknüpfungspunkt, um immer wieder die Opferrolle zu betonen. Und es kennt ja auch fast jeder Muslim und jede Muslimin aus dem eigenen Umfeld Fälle, in denen tatsächlich oder vermeintlich jemand wegen seiner islamischen Religion diskriminiert wurde. Die Zahlen des Bundesamts für Statistik in der Schweiz deuten aber an, dass dies wahrscheinlich langsam und leicht zurückgeht. Immerhin 60 Prozent der Schweizer:innen finden das Zusammenleben mit Muslim:innen völlig normal und nicht störend. Trotzdem gibt es Diskriminierung. Am häufigsten bei der Arbeitssuche. Insbesondere

Trotzdem gibt es Diskriminierung. Am häufigsten bei der Arbeitssuche. Insbesondere finden Frauen mit Kopftuch nur sehr, sehr schwer eine Arbeitsstelle.

finden Frauen mit Kopftuch nur sehr, sehr schwer eine Arbeitsstelle. Da ist also noch ein gewisser Weg zu gehen. Hier muss man möglicherweise auf ermutigende, gute Vorbilder setzen, um das zu fördern, soweit es geht. Wirklich großen Bedarf des staatlichen Eingreifens sehe ich nicht. Aber der

Staat muss natürlich diesen Bereich auch weiterhin mit seinem Monitoring begleiten und in konkreten Fällen Stellung nehmen. Dafür gibt es die nötigen Stellen für Rassismusbekämpfung.

Einbindung islamischer Gruppen vor Ort

Hamdan: Wie bewerten Sie die Einbindung islamischer Gemeinden und Vereine in städtische Zusammenhänge? Wie wird mit ihren Anliegen umgegangen und wo liegen Ihrer Meinung nach die Grenzen?

Tunger-Zanetti: Da liegt sehr viel an den Personen, die in den Fachstellen mit dem Kontakt zu Religionsgemeinschaften, allenfalls speziell den Muslim:innen, beauftragt sind. In der Regel ist es ein Auftrag, der alle Religionen oder gleich den ganzen Bereich Integration umfasst. Die beauftragte Fachperson sollte in Kontakt sein mit den Religionsgemeinschaften. Es schadet aber nicht, wenn auch einmal ein Gemeinderat, also ein Exekutivmitglied der Gemeinde oder der Stadt, die Einladung zu einem *Iftar* annimmt. Oder umgekehrt, dass die Gemeinde die Gemeinschaften zu einem geeigneten Anlass einlädt. Und dann sollen sich natürlich gerne auch die Gemeinschaften nicht zu schade sein und dort auch wirklich



erscheinen. Es bestehen also diese Gelegenheiten. Praktische Probleme treten gelegentlich dort auf, wo Gemeinschaften geeignete bezahlbare Räume suchen. Diese sind schwer zu finden, gerade in den größeren Städten. Und zwar nicht, weil sie ins Zentrum wollen, sondern weil es überhaupt schwer ist, Boden für Bauten oder geeignete Mietobjekte zu finden. Am ehesten findet man sie dann im Gewerbegebiet. Das ist auch für viele muslimische Gemeinschaften kein wirkliches Problem, weil es ihnen Ärger mit Parkplätzen erspart und die Mitglieder ohnehin oft mit dem Auto anreisen. Aber auch in Gewerbegebieten sind nicht immer die geeigneten Räume zu finden. Vieles braucht in der Schweiz einfach unglaublich viel Zeit. Denn oft muss noch irgendeine Abstimmung darüber abgehalten werden, auch auf Gemeindeebene. Aber wenn dann eine Lösung gefunden ist, dann ist sie in der Regel auch sehr stabil und haltbar und wird von allen Involvierten mitgetragen. Daher sehe ich einen Modus, der zwar langsam ist, aber wenn man ihn nutzt, dann kann da einiges passieren. Die Voraussetzung ist jedoch, dass die muslimischen Personen organisiert und die Behörden willens sind, auch hinzuschauen.

Die beauftragte Fachperson sollte in Kontakt sein mit den Religionsgemeinschaften. Es schadet aber nicht, wenn auch einmal ein Gemeinderat, also ein Exekutivmitglied der Gemeinde oder der Stadt, die Einladung zu einem Iftar annimmt.